Zusatzprotokoll zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Immunitäten des Europarates

Abgeschlossen in Strassburg am 6. November 1952
Von der Bundesversammlung genehmigt am 20. September 1965¹
Schweizerische Beitrittsurkunde hinterlegt am 29. November 1965
In Kraft getreten für die Schweiz am 29. November 1965
(Stand am 16. März 2022)

Die Unterzeichnerregierungen des am 2. September 1949² in Paris unterzeichneten Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Immunitäten des Europarates (nachstehend «Abkommen» genannt),

vom Wunsche geleitet, die Bestimmungen des Abkommens zu ergänzen, sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

Jedes gegenwärtige oder zukünftige Mitglied des Europarates, das das Abkommen nicht unterzeichnet hat, kann ihm und diesem Protokoll durch Hinterlegung seiner Beitrittserklärung beim Generalsekretär des Europarates beitreten; der Generalsekretär notifiziert die Hinterlegung den Mitgliedern des Rates.

Art. 2

- a. Die Bestimmungen des Teils IV des Abkommens finden auf die Vertreter, die an den Sitzungen der Ministerstellvertreter teilnehmen, Anwendung.
- b. Die Bestimmungen des Teils IV des Abkommens finden Anwendung auf die Vertreter (mit Ausnahme der Vertreter in der Beratenden Versammlung), die an Sitzungen teilnehmen, die vom Europarat einberufen werden und ausserhalb der Tagungen des Ministerkomitees und der Ministerstellvertreter stattfinden; die Vertreter, die an diesen Sitzungen teilnehmen, können sich jedoch bei einer Verhaftung oder gerichtlichen Verfolgung nicht auf diese Befreiung berufen, wenn sie auf frischer Tat erappt werden.

Art. 3

Die Bestimmungen des Artikels 15 des Abkommens finden ebenfalls – möge die Beratende Versammlung tagen oder nicht – auf die Vertreter in der Versammlung sowie auf ihre Stellvertreter Anwendung, wenn sie an einer Sitzung einer Kommission oder eines Unterausschusses der Versammlung teilnehmen, sich an den Sitzungsort begeben oder von dort zurückkommen.

AS 1966 786; BBl 1965 I 437

¹ AS 1966 777

² SR 0.192.110.3

Art. 4

Die ständigen Vertreter der Mitglieder beim Europarat geniessen während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und auf ihren Reisen zu Tagungsorten und zurück die Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, die diplomatischen Vertretern vergleichbaren Ranges zustehen.

Art. 5

Diese Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen werden den Vertretern der Mitglieder nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern zu dem Zweck, in voller Unabhängigkeit die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Verbindung mit dem Europarat zu ermöglichen. Daher hat ein Mitglied nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Immunität seines Vertreters in allen Fällen aufzuheben, in denen nach seiner Auffassung die Immunität verhindern würde, dass dem Recht Nachachtung verschafft wird und in denen die Immunität ohne Beeinträchtigung des Zwecks, für den sie gewährt wird, aufgehoben werden kann.

Art. 6

Die Bestimmungen des Artikels 4 können nicht gegenüber den Behörden des Staates, dem der Vertreter angehört, oder gegenüber den Behörden des Mitglieds, das er vertritt oder vertreten hat, geltend gemacht werden.

Art. 7

- a. Dieses Protokoll steht den Mitgliedern, die das Abkommen unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung offen. Das Protokoll wird gleichzeitig mit dem Abkommen ratifiziert oder nach der Ratifizierung des letzteren. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt.
- b. Dieses Protokoll tritt mit dem Tage in Kraft, an dem es von allen Unterzeichnerstaaten ratifiziert ist, die bis dahin das Abkommen ratifiziert haben, sofern die Zahl der Unterzeichnerstaaten, die das Abkommen und das Protokoll ratifiziert haben, nicht weniger als sieben beträgt.
- c. Für die Unterzeichnerstaaten, die das Protokoll nachträglich ratifizieren, tritt es mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Kraft.
- d. Für die Mitglieder, die dem Abkommen und dem Protokoll gemäss Artikel 1 beigetreten sind, treten das Abkommen und das Protokoll in Kraft
 - (i) mit dem im vorstehenden Absatz b angegebenen Tage, wenn die Beitrittsurkunde vor diesem Zeitpunkt hinterlegt worden ist, oder
 - (ii) mit der Hinterlegung der Beitrittsurkunde, wenn die Hinterlegung zu einem späteren als dem im obigen Absatz b angegebenen Zeitpunkt erfolgt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Strassburg am 6. November 1952 in französischer und englischer Sprache, wobei beide Fassungen gleichermassen verbindlich sind, in einem einzigen Exemplar, das in den Archiven des Europarates aufbewahrt wird. Der Generalsekretär übermittelt jeder Regierung, die dieses Abkommen und dieses Zusatzprotokoll unterzeichnet hat oder ihm beigetreten ist, eine beglaubigte Ausfertigung.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 16. März 2022³

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)	Inkrafttreten
Albanien	4. Juni 1998 B	4. Juni 1998
Andorra	24. November 1998 B	24. November 1998
Armenien	25. Juni 2001 B	25. Juni 2001
Aserbaidschan	16. Januar 2002 B	16. Januar 2002
Belgien	24. Juli 1953	11. Juli 1956
Bosnien und Herzegowina	3. Oktober 2003 B	3. Oktober 2003
Bulgarien	7. Mai 1992 B	7. Mai 1992
Dänemark	2. September 1953	11. Juli 1956
Deutschland	10. September 1954 B	11. Juli 1956
Estland	11. Januar 1995 B	11. Januar 1995
Finnland	16. November 1989 B	16. November 1989
Frankreich	10. März 1978	10. März 1978
Georgien	25. Mai 2000 B	25. Mai 2000
Griechenland	17. November 1953	11. Juli 1956
Irland	21. September 1967	21. September 1967
Island	11. März 1955 B	11. Juli 1956
Italien	11. Juli 1956	11. Juli 1956
Kroatien	11. Oktober 1997 B	11. Oktober 1997
Lettland	15. Januar 1998 B	15. Januar 1998
Liechtenstein	16. Mai 1979 B	16. Mai 1979
Litauen	22. Juli 1998 B	22. Juli 1998
Luxemburg	29. Juni 1953	11. Juli 1956
Malta	22. Januar 1969 B	22. Januar 1969
Moldau	2. Oktober 1997 B	2. Oktober 1997
Monaco	30. November 2005 B	30. November 2005
Niederlande	19. Juni 1953	11. Juli 1956
Nordmazedonien	10. April 1997 B	10. April 1997
Norwegen	24. April 1953	11. Juli 1956
Österreich	9. Mai 1957 B	9. Mai 1957
Polen	16. März 1993 B	16. März 1993
Portugal	6. Juli 1982 B	6. Juli 1982
Rumänien	4. Oktober 1994 B	4. Oktober 1994
San Marino	22. März 1989 B	22. März 1989
Schweden	30. April 1953	11. Juli 1956
Schweiz	29. November 1965 B	29. November 1965
Serbien	26. April 2005 B	26. April 2005
Slowakei	5. Dezember 1996 B	5. Dezember 1996
Slowenien	8. November 1994 B	8. November 1994
Spanien	23. Juni 1982 B	23. Juni 1982

³ AS 1966 786; 2022 248. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereichs dieser Übereinkommen und Protokolle ist auf der Publikationsplattform des Bundesrechts «Fedlex» unter folgender Adresse veröffentlicht: www.fedlex.admin.ch/de/treaty.

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B)		Inkrafttreten	
Tschechische Republik	28. April	1995 B	28. April	1995
Türkei	7. Januar	1960	7. Januar	1960
Ukraine	6. November	1996 B	6. November	1996
Ungarn	6. November	1990 B	6. November	1990
Vereinigtes Königreich	19. November	1954	11. Juli	1956
Zypern	30. November	1967 B	30. November	1967